

**Erläuterung zu den Tagesordnungspunkten der Sitzung des Gemeinderates am
06.11.2023****Vorlage Nr. GR/115/2023****Flüchtlingsunterbringung - aktuelle Situation**

Zuletzt war der Gemeinderat am 11.09.2023 über die aktuelle Situation zur Flüchtlingsunterbringung informiert worden. In der Zwischenzeit, und das kann man unverhohlen sagen, hat sich die Situation sehr verschärft. Landrat Stefan Bär hatte die Bürgermeister der Kreiskommunen am 17.10.2023 in das Landratsamt bestellt, um über die aktuell schwierige Situation zu reden. Zur Kenntnis genommen wurde, dass sich Gemeinderäte innerhalb und außerhalb des Landkreises Tuttlingen zur Aufnahme von Flüchtlingen und einer möglichen Verweigerung der Aufnahme positioniert hatten. Allerdings ist klar, dass eine Verweigerung keine Option darstellt. Denn zunächst einmal ist der Landkreis Tuttlingen zur Aufnahme von Flüchtlingen verpflichtet und dieser wiederum kann die Flüchtlinge anhand des Einwohnerschlüssels nur an die Kommunen im Landkreis Tuttlingen weiterreichen. Problematisch dabei ist, dass sich in den letzten Monaten die Flüchtlingszahlen stark erhöht haben. War man im Jahr 2020 noch moderat unterwegs mit insgesamt 128 zugewiesenen Flüchtlingen im Landkreis, steigerte sich die Zahl im Jahr 2021 bereits auf 226 Personen und 2022 auf 410 Personen. Im Jahr 2023 ist nun mit Ablauf des Monats Oktober bereits die Zahl von fast 600 zugewiesenen Flüchtlingen erreicht, wobei die Tendenz dafürspricht, dass monatlich weitere 150 Personen hinzukommen. Insofern wird seitens des Landkreises derzeit auch die Nutzung der neuen Kreissporthalle in Tuttlingen als Flüchtlingsunterkunft vorbereitet. Gleichwohl wurden die Kommunen darauf hingewiesen, dass dort, wo noch nicht die entsprechende Aufnahmequote erfüllt sei, dringend daran gearbeitet werden muss, eine solche zu realisieren. Leider ist in Emmingen-Liptingen davon auszugehen, dass wir hier noch ca. 60 Personen zusätzlich aufnehmen müssen, um eine ausgeglichene Bilanz zu erhalten, also so viele Flüchtlinge insgesamt aufzunehmen, wie dies nach dem Einwohnerschlüssel berechnet ist. Leider haben die bisherigen Bemühungen der Verwaltung, Gebäude und Wohnungen anzumieten, nicht den gewünschten Effekt gehabt. Die kommunal zur Verfügung stehenden Wohnungen wurden allesamt belegt. Zunächst konnten im Zeitraum nach der Sommerpause über 20 weitere Flüchtlinge aufgenommen werden. Trotzdem ist dies deutlich zu wenig. In anderen Landkreisen wird derzeit schon geprüft, ob es eine Beschlagnahmemöglichkeit kommunaler Hallen für die Landkreise gibt, um dort Flüchtlingsunterkünfte einzurichten. So weit sind wir noch nicht, dies wird auch nicht stillschweigend vorbereitet, allerdings müssen Gemeinden, die eben ihre Quote nicht erfüllen, unter Umständen auch solche Themen durchdenken. Eine Möglichkeit, um entsprechend Wohnraum für Flüchtlinge zu schaffen, ist, dass dem Landkreis die Fläche zur Schaffung einer Containerlandschaft zur Verfügung gestellt wird, in der dann entsprechende Flüchtlingszahlen einquartiert werden können. Als vor der Sommerpause eine solche Überlegung im Gemeinderat besprochen wurde, schossen sofort die Gerüchte ins Kraut, das bis zu 300 Flüchtlinge entsprechend unterzubringen sind. Dies ist natürlich Unsinn, aber der Grundsatzbeschluss des Gemeinderates, auch solche Themen mit dem Landkreis zu besprechen, besteht weiterhin. Insofern wird aktuell geprüft, ob eventuell befestigte Flächen vorhanden sind, wo solche Container aufgestellt werden können. Der Landkreis hat zwischenzeitlich auch ein Kontingent an Containern ordern können, sodass auch relativ kurzfristig solche Maßnahmen umgesetzt werden können. Schön wäre es natürlich, wenn möglichst viele Gebäude oder Wohnungen an die Gemeinde zur Flüchtlingsunterbringung vermietet würden. Alleine die große Anzahl der Unterzubringenden deutet daraufhin, dass dies weiterhin nicht gelingen wird. Auch für die Verwaltung oder alle, die mit der Betreuung

der Flüchtlinge in Berührung kommen, sind die Unterbringungen große Herausforderungen. Aber auch das Thema ärztliche Betreuung spielt eine wesentliche Rolle.

Die hohen Flüchtlingszahlen sind nicht nur bei uns, sondern in Land und Bund ein aktuelles Thema. Dies soll an dieser Stelle allerdings nicht vertieft werden. Aber nur um es noch einmal klar zu benennen. Es geht nicht darum, ob die Gemeinde Flüchtlinge aufnehmen möchte oder nicht. Wir sind dazu verpflichtet und hier sind die entsprechenden Zahlen vorgegeben. Wie wir letztendlich das Problem lösen, ist in den verschiedenen denkbaren Varianten Sache des Gemeinderates. Wenn allerdings aus dem Bereich der privaten Wohnungs- und Gebäudeeigentümer keine Unterstützung erfolgt, werden nur größere Lösungen machbar und zielgerichtet sein können.

Der Gemeinderat wird weiterhin auf dem Laufenden gehalten werden.

Beschlussfassungsvorschläge:

1. Der Gemeinderat nimmt Kenntnis.



Joachim Löffler
Bürgermeister